

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

BMB-10.000/0119-Präs.3/2017

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 12491/J-NR/2017 betreffend Vergabe von öffentlichen Aufträgen an den marxistisch eingestellten und weit links stehenden Vortragenden und Studienautor Thomas Schmidinger, die die Abg. Dr. Andreas F. Karlsböck, Kolleginnen und Kollegen am 16. März 2017 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

- *Wurde und/oder wird Thomas Schmidinger von Ihrem Ressort mit der Abhaltung von Vorträgen oder dem Verfassen von Studien betraut?*
- *Wenn ja, in welchem Zeitraum und um welche Aufträge handelt es sich?*
- *Wenn ja, welche Honorare wurden/werden dafür bezahlt?*

Der Genannte wurde seit Beginn der laufenden Gesetzgebungsperiode seitens der Zentralleitung des (ehemaligen) Bundesministeriums für Bildung (und Frauen) mit folgenden Aufträgen betraut:

Jahr	Zweck/Thema/Titel	Kosten in EUR
2015	Vortrag zur Thematik Radikalisierung und Jihadismus im Rahmen des bundesweiten Vernetzungstreffens zur Gewaltprävention	500,00
2015	Erstellung eines Sprachensteckbriefes Kurdisch für die Website www.schule-mehrsprachig.at	1.500,00

Zu Fragen 4 bis 6:

- *Wenn ja, was qualifiziert Schmidinger aus Ihrer Sicht als Vortragenden und/oder Studienautor?*
- *War Ihnen zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe bekannt, dass Schmidinger ...*
 - *nicht davor zurückschreckt, das Andenken von Toten zu beschmutzen?*
 - *eine demokratisch legitimierte Partei ausgrenzt und in die Nähe faschistischen Gedankenguts rückt?*
 - *mit Karl Marx den Theoretiker einer menschenverachtenden Ideologie verehrt?*
 - *sich den „Republikanischen Schutzbund“ zurückwünscht und damit implizit dessen revolutionäre Intentionen grob verharmlost?*

- *Wenn nein, werden Sie - so es nicht zu spät und rechtlich möglich ist - die Auftragsvergabe rückgängig machen und/oder künftig keine Aufträge mehr an Thomas Schmidinger vergeben?*

Entsprechend den Vorgaben des Vergaberechts werden Aufträge nur an Personen vergeben, die den Kriterien der Zuverlässigkeit und fachlichen Qualifikation genügen. Darüber hinaus betrifft die Frage nach der Weltanschauung von Personen keinen Gegenstand des Interpellationsrechts.

Wien, 16. Mai 2017
Die Bundesministerin:

Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid eh.

